

Bernd Faulenbach

Rede bei der Festveranstaltung

10 Jahre Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam in der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

am 8. Dezember 2018 in der Aula der Ev. Grundschule Potsdam, Große Weinmeisterstraße 18 in Potsdam

Verehrte Anwesende,

vor 10 Jahren wurde die unselbstständige (nicht rechtsfähige) Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam gegründet. Stifter war der Evangelisch-Kirchliche Hilfsverein, der das ursprünglich als Pfarrhaus entstandene, doch seit dem Zweiten Weltkrieg vom sowjetischen Geheimdienst als Untersuchungsgefängnis genutzte Gebäude sowie das inzwischen mit öffentlichen Mitteln errichtete Besucherinformationszentrum in die Stiftung einbrachte; als Treuhänder sollten die Brandenburgischen Gedenkstätten fungieren, die Finanzierung erfolgt seitdem jeweils zur Hälfte vom Bund und vom Land. Das zehnjährige Bestehen kann Anlass sein, nicht nur zurückzublicken auf eine durch heftige Auseinandersetzungen mitgeprägte Geschichte, sondern auch das Erreichte zu bilanzieren und eine Ortsbestimmung in der gegenwärtigen Erinnerungskultur vorzunehmen. Um es gleich eingangs zu sagen: Trotz der Zeit und Kraft raubenden Auseinandersetzungen ist eine zwar nicht sehr große, nur ein begrenztes Publikum erreichende, doch bedeutende Gedenkstätte entstanden, woran neben dem EKH recht

verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen, vor allem aber die Gedenkstättenleitung und -mitarbeiter großen Anteil haben. Lassen Sie mich einige Schlaglichter auf die Gedenk- und Begegnungsstätte, auf einige Aspekte ihrer bisherigen Entwicklung sowie auf ihre gegenwärtige Bedeutung werfen.

I

Was macht diese Gedenk- und Begegnungsstätte eigentlich aus, inwieweit hat sie - wie es neuhochdeutsch heißt - „Alleinstellungsmerkmale“? Eingerichtet ist die Gedenk- und Begegnungsstätte an dem wohl vielleicht authentischsten Haftort der Sowjetunion auf deutschem Boden und steht deshalb in besonderer Weise für eine spezifische Verfolgungspraxis in der Nachkriegszeit. Das mit sehr einfachen Mitteln umgebaute Gebäude diente 1946-1955 als zentrales Untersuchungsgefängnis des sowjetischen militärischen Geheimdienstes zur Abwehr von Militärspionage, wobei wir alle wissen, dass der Begriff der „Spionage“ gegebenenfalls extrem weit gefasst wurde und deshalb der Willkür Tür und Tor öffnete. Das Gefängnis, das nach 1955 dem innersowjetischen militärischen Justizwesen diente, lag in dem hermetisch von der Außenwelt abgeriegelten Militärstädtchen Nr.7. Die Gedenk- und Begegnungsstätte beschäftigt sich mit Geschehen an diesem Ort, seinen Opfern und seinen Tätern und die diese bestimmenden Strukturen und Prozesse.

Damit weicht diese Stätte deutlich von den anderen Gedenkstätten unserer Gedenk- und Erinnerungskultur ab, in denen Deutsche durchweg die Täter und viele Ausländer und einige andere Deutsche die Opfer sind, hier sind vor allem in den ersten Jahren auch Deutsche Opfer und Akteure eines anderen Landes die Täter, das seine Herrschaft allerdings nur errichten konnte, weil NS-Deutschland einen Vernichtungs- und Eroberungs-

rungskrieg im Osten geführt hatte. Die Grundkonstellation in dieser Gedenkstätte ist aber historisch deutlich anders und bedarf entsprechender Reflexion. Im Hintergrund spielt sogar die Schwierigkeit mit, in adäquater Weise mit dem Holocaust und den anderen NS-Verbrechen und mit dem kommunistischen Unrecht (das durchaus Verbrechen einschließt) in Deutschland umzugehen. Auch das kommunistische Unrecht ist nicht zu bagatellisieren.

II

Als vor 10 Jahren die Stiftung gegründet wurde, war das Ziel die Einrichtung der Gedenkstätte am authentischen Ort mit seinem Gebäude auf Dauer zu stellen, wozu die Erarbeitung einer fundierten Ausstellung und der Aufbau zeitgemäßer pädagogischer Konzepte gehörten. Vorher hatten der Evangelisch-Kirchliche Hilfsverein, der das Gebäude 1994 zurückerhalten hatte und zivilgesellschaftliche Gruppen – Amnesty International, Memorial Deutschland, frühere Häftlinge – hier durchaus schon Aktivitäten entwickelt, Besichtigungen am Wochenende ermöglicht, auch eine Ausstellung „Von Potsdam nach Workuta“ aufgebaut. Offensichtlich ist es dann aber nicht recht gelungen, das Engagement der zivilgesellschaftlichen Phase auf die neue Stufe der Entwicklung mit ihren veränderten Anforderungen zu transferieren, wie Ansätze zu einem Kampf über die Deutungshoheit erkennen lassen. Dies will ich hier nicht im Einzelnen erörtern, wohl aber einige damit zusammenhängende Aspekte. Zu einfach wäre es, diese auf den Gegensatz von Zeitzeugen und Wissenschaft zu reduzieren.

Aufgebaut wurde seit 2008 ein – letztlich an den großen Gedenkstätten der NS-Zeit orientiertes – zeithistorisches Museum besonderer Art (mit entsprechender Sammel- und Ausstellungs-

tätigkeit), das einerseits dem Gedenken dient, andererseits aber als offener Lernort fungiert, der die Auseinandersetzung mit einem ganzen Bündel von Themen ermöglicht. Dabei geht es um Täter, Strukturen und Prozesse, die eine menschenfeindliche Verhör- und Strafpraxis ausübten, vor allem aber um die Häftlinge und ihr Schicksal, deren Spuren und Berichte naturgemäß von besonderem Wert sind, weil die Akten, soweit zugänglich, die Erfahrungen und Leiden der Häftlinge nur unzureichend spiegeln. Die Zeitzeugenberichte sind eine wichtige, allerdings in der Regel nicht die einzige Quelle für unsere Sicht des damaligen Geschehens in der Gegenwart.

In diesem Kontext stellt sich die generelle Frage: Wie wird aus Spuren, Dokumenten, Erinnerungsberichten Geschichte? Durch die systematische umsichtige Sammlung, Auswertung und Interpretation von Quellen, die freilich zu unterschiedlichen Sichten der Geschichte führen können, was auch mit dem Standort des Betrachters, mit unterschiedlichen „Sehepunkten“ zusammenhängt (ein Berg in den Alpen sieht bekanntlich recht unterschiedlich aus, ob man ihn von Osten, Süden, Westen oder Norden, aus der Luft oder aus 10 km Entfernung oder beim Aufstieg sieht und doch ist es derselbe Berg). Wir können nicht immer sagen, nur eine Variante ist richtig. So sind Kontroversen, auch unter Historikern, deren Arbeit intersubjektiv überprüfbar sein muss, d.h. auch bei Beachtung des methodischen Instrumentariums, selbstverständlich möglich. Ausschließlichkeitsansprüche auf historische Wahrheit sind dementsprechend letztlich abwegig, auch die vielfach moralische Absolutsetzung des eigenen Standpunktes und der eigenen Interpretation, die in pathologischen Fällen zu schlimmen Verirrungen führen können; ein besonders krasser Fall war hier 2012 zu beklagen.

Es gibt aus der Sicht des französischen Philosophen Ricœur – idealtypisch gesehen – verschiedene Haltungen zur Geschichte, die des Richters, der über Straftatbestände der Vergangenheit zu urteilen hat, die des Bürgers, der für ihn wichtige Erinnerungen festhalten will, die des Historikers, der Geschichte zu verstehen hat, ohne anzuklagen oder zu entschuldigen. Nicht das Urteil des Richters, sondern die Erinnerung des Bürgers und die Arbeit des Historikers werden ihren Niederschlag in der Ausstellung finden. Von den Gedenkstätten in Deutschland, die hohen Ansprüchen unterliegen, wird heute erwartet – und das gehört zu den Voraussetzungen ihrer Förderung – dass ihre Ausstellungen wissenschaftlich fundiert sind, was Empathie für die Opfer nicht nur zulässt, sondern erfordert, was auch die „Sehepunkte“ beeinflusst, von denen die Vergangenheit in den Blick kommt. Dazu gehört jedoch auch die Frage, wie es zu diesem Geschehen kommen konnte.

Wir haben es bezogen auf die Nachkriegsjahre durchaus mit Interpretationsproblemen zu tun, über die zu diskutieren lohnt. Dazu gehört der Begriff der „Spionage“, der in der stalinistischen Sowjetunion grotesk weit gefasst wurde und Fehltritte und Willkür erleichterte, der aber auch durch den Kalten Krieg eine reale Dimension erhielt. So ist festzustellen, dass es im bald einsetzenden Kalten Krieg nachrichtendienstliche Tätigkeiten und Spionage westlicher Mächte durchaus gegeben hat. Die meisten Rehabilitierungsverfahren seit den 90er Jahren waren erfolgreich, was eben doch eine Aussage über die Spionageverfahren impliziert. Beim Verhalten der Menschen ist dabei zu berücksichtigen, dass für viele Zeitgenossen die Frage ihre politischen Loyalitäten nicht definitiv klar war und die Loyalität sich jedenfalls nicht auf die sowjetrussische Politik bezog, wofür unterschiedliche Gründe, nicht nur die nachwirkende Propa-

ganda der NS-Zeit, sondern auch konkrete Erfahrungen mit dieser Politik eine Rolle spielten. Nicht alle, die für einen westlichen Dienst arbeiteten, waren sich dabei über das enorme Risiko im Klaren. Ich rate dazu, z.B. die Erinnerungen von Carola Stern zu lesen, die in dieser Zeit durch die Zusammenarbeit mit dem CIC Kopf und Kragen riskierte, ohne sich dessen bewusst zu sein. „Was für einen Grund“ – so schreibt sie – „hätte es für mich gegeben, militärische Geheimnisse der sowjetischen Besatzungsmacht zu verschweigen, ob Amerikanern oder irgendjemand anderem? Ich besaß nicht das geringste Schuldgefühl“, hinzufügen müsste man: „Gefährdungsbewusstsein“. Selbstverständlich gab es unter den Häftlingen im Hinblick auf ihre realen und vermeintlichen Taten und ihre Motive erhebliche Unterschiede. Keine Frage, dass manche Gruppen tatsächlich Widerstandsaktionen durchführten und Widerständigkeit bei anderen mitspielte. Kurz: Über diese und ähnliche Fragen gilt es weiter zu arbeiten und dies ist durchaus vorgesehen.

Bei all diesen Kontroversen rate ich übrigens der Politik, sich in ihrem Urteil zurückzuhalten, selbst da, wo sie glaubt, dass sie vermitteln sollte. Es handelt sich nicht um politische, sondern um wissenschaftliche Fragen.

III

Entstanden ist in jahrelanger Arbeit unter Leitung von Dr. Ines Reich eine beeindruckende Ausstellung über das Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße im Militärstädtchen Nr. 7, das als Kontext mitzusehen ist, zu denen beispielsweise auch der Ort der sowjetischen Militärtribunale gehört.

Die Dauerausstellung wird in einigen Hinsichten noch ergänzt werden, so in absehbarer Kürze durch einen Raum, in dem es um die Urteile, um Todesurteile, doch auch um die langjährigen Strafen und den Strafvollzug und die dadurch geprägten weiteren Schicksale geht. Angedacht ist auch ein Raum im Hinblick auf Gruppen, die hier inhaftiert wurden. Im Übrigen ist allen Ausstellungsmachern klar, dass Ausstellungen dieser Art meist für 10 bis 12 Jahre erarbeitet werden, dann aber meist in Teilen oder eventuell auch ganz zu überarbeiten sind. Zunächst aber sind wir froh, dass wir sie haben.

Sie basiert auf sorgfältiger Recherchearbeit, die weiterzuführen ist. Unterschätzt wird nicht selten, dass bei den Ausstellungen – und dies gilt insbesondere bei dieser das Gebäude einbeziehenden Ausstellung, die unter der Leitung von Frau Dr. Ines Reich unterstützt von Frau Maria Schultz und anderen erarbeitet wurde – in erheblichem Maße regelrechte Forschungsarbeit nötig und hier unter schwierigen Bedingungen zu leisten war. Als langjähriges Mitglied der Gemeinsamen Kommission der Russischen Föderation und der Bundesrepublik Deutschland zur Erforschung der neuesten Geschichte muss ich leider sagen, dass seit etlichen Jahren die Zugänglichkeit sowjetischer Archive wieder schwieriger geworden ist. Generell ist die Vorstellung unzutreffend, dass wir uns hier auf einem Gelände bewegen würden, bei dem die wesentlichen Forschungsfragen schon geklärt seien. Ich persönlich werde übrigens nicht vergessen, vor welcher schwieriger Aufgabe die von mir geleitete Kommission 1991/92 stand, als wir Vorschläge für eine Neukonzeption für die Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück sowie Brandenburg erarbeiteten sollten und auf einen damals noch völlig unzureichenden Forschungsstand trafen. Ähnlich werden sich Frau Reich, Frau Schultz und auch andere

gefühlt haben, als sie 2008 mit ihrer Arbeit begannen. Forschungsarbeit verlangt Zeit und Ressourcen, die hier nur sehr begrenzt zur Verfügung standen. Umso anerkennenswerter ist die bislang geleistete Arbeit.

Wie aus einem evangelischen Pfarrhaus, das der Frauenhilfe gewidmet war, ein Ort wurde, an dem Menschen Schreckliches erlebten, ist ein symbolträchtiger Vorgang, an dem die Ausstellung nicht vorbeigeht. Eine ganze Reihe persönlicher Schicksale wird dokumentiert und Häftlinge erzählen in Videofilmen, was mit ihnen geschah. Wir haben ihnen für diese Interviews und weitere Gespräche zu danken. Ungewissheit und das Gefühl des Ausgeliefertseins werden deutlich, wenn von der Haft an diesem Ort gesprochen wird. Wer fähig zur Empathie ist, wird davon ergriffen. Die Räume sind in einer Weise gestaltet, „dass“ – wie ein Journalist formuliert hat – „das Grauen, das in den Mauern steckt, auch Generationen später spürbar ist“. Und von besonderem Wert sind die zahlreichen Inschriften im Keller, die Häftlinge in den Putz geritzt haben, um Spuren zu hinterlassen, Inschriften, die in mühsamer Arbeit entziffert wurden und in drei Räumen sichtbar gemacht werden, doch auch in der eindrucksvollen Publikation „Sprechende Wände“, herausgegeben von Ines Reich und Maria Schultz, festgehalten sind. In diesem Buch sind zudem zahlreiche akribisch erarbeitete Biographien zu den Inschriften enthalten. Durch die Rekonstruktion dieser Biographien erfüllte die Gedenkstätte nicht nur eine historische, sondern auch eine humanitäre Aufgabe: die Klärung von Lebensschicksalen, von Menschen, die einfach spurlos verschwunden waren.

Der authentische Ort mit seinen Spuren, Zeugnissen und Dokumenten lässt das Geschehen erahnen und zeigt glaubwürdig,

was möglich war. Die Dauer- und die Wechsellausstellungen versuchen Hinweise zu geben, wie es dazu kommen konnte.

IV

Die Gedenkstätte möchte zur Aufarbeitung und kognitiven Bewältigung der genannten Komplexe beitragen, deshalb versteht sie sich als Begegnungsstätte, als Ort selbstständigen Lernens und als Ort der Bildungsarbeit. Hier sind nicht die Workshops und Seminare mit Schülerinnen und Schülern, die Lehrerfortbildungen (die das Themenfeld für die Schulen erschließen) oder auch die Themenwochen aufzuzählen. Sie versuchen die Nachkriegsepoche aus einer spezifischen Perspektive zu erfassen, in der sowohl die Folgen eines furchtbaren Krieges und in ihm verübter Verbrechen als auch Auswirkungen eines aktuellen totalitären Systems wie auch die Schwierigkeiten von Menschen, sich in dieser Zeit zurechtzufinden und zu behaupten, in den Blick kommen. Es geht um Aufklärung über ein Kapitel der Geschichte, das in der Erinnerung von Menschen nachwirkt und zweifellos der Bearbeitung bedarf, freilich auch der Einordnung, doch nicht der Einhegung.

V

Es gilt die erfolgreiche Arbeit der Gedenkstätte Leistikowstraße fortzusetzen, wobei ich mich frage, ob sie nicht stärker in die Struktur der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten integriert werden sollte. Mag sein, dass es für manche Beteiligte Gründe für die spezifische Organisationsstruktur gegeben hat, die ich schon damals (2008) nicht gesehen habe, die aber jetzt entfallen sein könnten. Jedenfalls sollte man das prüfen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle allen, die am Aufbau der Gedenk- und Begegnungsstätte mitgearbeitet haben, herzlich danken. Zu nennen sind insbesondere:

- Frau Dr. Ines Reich, die mit beeindruckender Konsequenz ihr Konzept gegen alle Widerstände realisiert hat,
- Frau Maria Schultz, die kommissarische Leiterin und das ganze Ausstellungsteam,
- auch Frau Hillebrand, die die Sekretariatsfunktion wahrgenommen hat.

Anteil an dem, was erreicht wurde, haben weitere Persönlichkeiten

- Prof. Dr. Morsch, der im Hintergrund das Projekt engagiert begleitet hat,
- Herr Oberkirchenrat Vogel, der mit Geduld versucht hat, Mitarbeit und Kritik des Beirates oder aus dem Beirat für das Projekt nutzbar zu machen, was nicht einfach war und nicht immer gelungen ist.

Zu würdigen ist auch die Arbeit des Kuratoriums, der Vertreter des Landes und des Bundes. Nennen möchte ich Staatssekretär Martin Gorholt. Dass die Kritik aus dem Gedenkstättenverein z.T. auf Missverständnissen beruhte, doch auch ernsthafte Fragen aufgeworfen hat, möchte ich durchaus anerkennen, doch wäre dies – dies will ich offen sagen – alles ohne die persönlichen Angriffe auf die Gedenkstättenleiterin möglich gewesen, Angriffen, die das Klima erheblich belastet haben.

*

Lassen Sie mich abschließend auf die Bedeutung der Gedenk- und Begegnungsstätte in der Erinnerungskultur und auf die gegenwärtige Bedeutung der Erinnerungskultur in Deutschland hinweisen.

Zunächst die Gedenkstätte Leistikowstraße steht für ein Stück stalinistischen Terrors, den es in der Nachkriegszeit in der SBZ und der DDR gegeben hat und zu Angst und Schrecken, zur Intimidation als einem Grundzug der politischen Verhältnisse mit geführt hat, wobei der vorhergehende Krieg dafür die Voraussetzungen bildete. Wir gedenken der Opfer dieses Terrors.

Die Gedenkstätte ist Teil der Erinnerungskultur, der aus meiner Sicht in der Gegenwart eine ganz besondere Bedeutung zukommt. In ihr manifestiert sich der vielfältige unaufhörliche Versuch, die schlimmen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, den Holocaust und die anderen NS-Verbrechen, doch auch die Erfahrungen mit dem Kommunismus und die zweier Weltkriege nicht auf sich beruhen zu lassen, sondern ihre Spuren zu bewahren, die historischen Geschehnisse im Gedächtnis zu verankern und daraus immer wieder neue Konsequenzen für unsere Haltung und Orientierung in der Gegenwart zu ziehen. Die auf diese Weise wachgehaltene Geschichte zeigt, wohin es führt, wenn die Menschenwürde infrage gestellt, Menschen- und Bürgerrechte gering geschätzt, Gewaltenteilung aufgehoben, Herrschaft nicht auf Zeit verliehen, Rechtsstaatlichkeit nichts gilt. Mittelbar wird damit „ex negativo“ eine Begründung von Demokratie geliefert. Wenn wir über die Vergangenheit reden, sprechen wir – so lehrte einst Droysen – immer auch über die Gegenwart. Die Gedenkstätten unterstreichen, dass es der Mühe wert ist, sich für alles das, was wir zusammen „Demokratie“ nennen und immer wieder durchgesetzt werden muss, sich zu engagieren. Mit den Worten „Ungefährdet ist Demokratie nie“ hat Heinz Westphal, der im 20. Jahrhundert zwei totalitäre Systeme und zwei Demokratien erlebte, für sich die Essenz aus seinen Erfahrungen gezogen.

Demokratie wird neuerdings wieder vielfältig, meist mehr implizit als explizit, in Frage gestellt. Das gleiche gilt auch für das friedliche Zusammenleben, das durch den Nationalismus bedroht ist. Ich glaube, dass Demokraten sich diesen Tendenzen entgegenstellen müssen. Eine Antwort könnte die Forcierung der Arbeit in Gedenk- und Begegnungsstätten sein. Sie zeigen, was in der Vergangenheit möglich war und deshalb prinzipiell in Gegenwart und Zukunft, mit zeitbedingten Modifikationen, nicht völlig auszuschließen ist. Dementsprechend kann die Auseinandersetzung mit den Vergangenheiten uns für Gegenwart und Zukunft sensibilisieren und damit zu Demokratie und Frieden in Deutschland und Europa beitragen.

Die Gedenkstätten wollen das Lernen aus der Geschichte fördern. Bei der Eröffnung der Gedenkstätte sagte der frühere Häftling Friedrich Klausch: „Es soll kein Hass von dieser Stätte ausgehen. Sie soll ein Ort der Begegnungen für die Zukunft sein.“ Diesen Wunsch möchte ich bekräftigen. Es geht hier bei der Auseinandersetzung mit Geschichte um Demokratie und Frieden.